

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Dezember 2013, 23. Jahrg.

Friedliche Weihnachten!

LINKE bringt Geschenke für Kinder ins Übergangwohnheim Wandlitz

Von OW-Redaktion

Friedliche und besinnliche Weihnachtstage im Kreise von Familie und Freunden, einen guten Beginn des neuen Jahres 2014 wünschen die Offenen Worte und die LINKE Barnim.

Damit auch Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, geflohen sind vor Krieg und Zerstörung, sehen, dass sie hier willkommen sind, haben die Brandenburger Landtagsabgeordneten der LINKEN zahlreiche Päckchen vor allem für Kinder jeden Alters gepackt. Sie werden an Übergangwohnheime im ganzen Land verteilt.

Mit einem Kofferraum voller Weihnachtsgeschenke wird die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt im Übergangwohnheim Wandlitz die herzlichsten Grüße ihrer Fraktionskollegen überbringen.

Mit viel Liebe wurden die Weihnachtspäckchen für Kinder in Übergangwohnheimen bei der Fraktion der LINKEN im Landtag Brandenburg gepackt. Foto: privat



5 Punkte zur Lösung

Wie es überhaupt möglich ist, im Wasser-Abwasserverband „Panke-Finow“ vom Beitrags- auf das Gebührenmodell umzustellen

OW-Beitrag/bc

Mit einem Fünf-Punkte-Programm hat Biesenthals Bürgermeister André Stahl (LINKE) Mitte November einen Vorschlag unterbreitet, wie es zu einer Lösung der Probleme um die Altanschießerbeiträge im Wasser-Abwasser-Verband „Panke-Finow“ (WAV) kommen kann.

Hintergrund ist, dass berechnete Forderungen auch rechtlich haltbar sein müssen. Soll der WAV also auf Altanschießer-Beiträge verzichten, muss er sich grundsätzlich für die Erhebung von Gebühren entscheiden (OW berichtete mehrfach, siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe). Zurzeit ist er nach seiner Satzung gezwungen, Beiträge zu erheben. Rechtlich bedeutet eine Änderung auf das Gebührenmodell zugleich, dass 29 Millionen €, die Neuanschießer als Beiträ-

ge gezahlt haben, zurück gezahlt werden müssen. Dies kann der WAV jedoch nicht leisten, müsste dafür einen Kredit aufnehmen. Das lehnt die Kommunalaufsicht bisher ab, da es sich nicht um eine Investition oder Umschuldung handelt. Beitragsrückzahlungen seien generell nicht kreditfähig, so lautete bisher die Auskunft.

Bürgermeister André Stahl schlägt nun **als erstes** vor, dass der WAV bis Weihnachten keine Bescheide mehr versendet. Zudem sollte die Zahlungsfrist um 3 Monate ausgesetzt werden – das hat die Verbandsversammlung des WAV bereits Mitte November beschlossen.

Zweitens gibt es nach Aussage von Stahl eine aktuelle Stellungnahme der Kommunalaufsicht, wonach sie eventuell doch einer Kreditaufnahme für die Rückzahlung von Neuanschießer-Beiträgen zustimmen

würde, weil es sich dabei um eine Art „Darlehen der Bürger“ handeln könnte. Das hört sich jedoch noch sehr vage an. „Nur wenn die Kommunalaufsicht dieser Kreditaufnahme zustimmt, wäre es überhaupt möglich, eine Umstellung vom Beitrags- auf das Gebührenmodell in Erwägung zu ziehen“, betont Stahl. Er schlägt deshalb vor, diese Möglichkeit bei der Kommunalaufsicht konkret für den WAV zu klären.

„Erst wenn ein Kredit möglich wäre, ist es, **drittens**, richtig, ein Bürgerbegehren zu initiieren, das zwischen dem Beitrags- und Gebührenmodell entscheidet“, so Stahl. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen dabei die Konsequenzen klar sein, denn ein 29-Millionen-€-Kredit zur Rückzahlung der Neuanschießer-Beiträge und die Nicht-Erhebung der Altanschießer-Beiträge wird betriebswirtschaftlich eine

Erhöhung der Trinkwasser- und Abwassergebühren nach sich ziehen. André Stahl betont, dass solch eine gravierende Änderung aus seiner Sicht nur über ein Bürgerbegehren in allen betroffenen Städten und Gemeinden richtig wäre.

Dazu ist die Sammlung von 6.500 Unterschriften erforderlich. „Auch wenn Bernau 80 Prozent der Anschlüsse im WAV vertritt, sollten die Bürgerinnen und Bürger der anderen Orte nicht vergessen werden“, betont Stahl. Ist das Bürgerbegehren erfolgreich, würde – **viertens** – der Bürgerentscheid folgen, der einer Wahl gleicht. „Diese Mitbestimmung unterstütze ich sehr“, erklärt Stahl. **Fünftens** kann die Verbandsversammlung des WAV nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren, die Umstellung auf das Gebührenmodell entscheiden. *Siehe Seite 2*

Kein Mindestlohn

OW-Beitrag/bc

Einen verbindlichen Mindestlohn soll es erst 2017 geben, so steht es im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die künftige Bundesregierung. Zudem sollen Ausnahmen für Tarifverträge mit niedrigeren Mindestlöhnen gelten. Diese betreffen vor allem den Osten Deutschlands. Der von der SPD versprochene Mindestlohn von 8,50 € rückt damit in weite Ferne. „Damit bleibt das Brandenburger Vergabegesetz nötig, das zumindest bei Vergabe öffentlicher Aufträge einen Mindestlohn von derzeit 8 €, ab 2014 von 8,50 € fest schreibt.“ kommentiert Wirtschaftsminister Ralf Christoffers. *Siehe Seite 3*

Neujahrsempfang

OW-Beitrag/bc

Die Barnimer LINKEN laden am **4. Januar 2014** zum traditionellen Neujahrsempfang von 10 bis 12 Uhr ins Waldsolarheim nach Eberswalde ein. Gast ist Finanzminister Dr. Helmuth Markov.

In dieser Ausgabe:

Gebühren oder Beiträge
Abwasser im WAV

Seite 2

Für den Landkreis
LINKE beschloss Leitbild

Seite 3

Luthardt, Mächtigt,
Christoffers

Drei LINKE in den Landtag
Eberswalde

Seiten 4/5

Reserven im Bürgerhaushalt

Seite 6

Der Barnim profitiert
Europa und die Kommunen:
Kommunalpolitikerin
Mächtigt und Europaminister
Christoffers im Gespräch

Seite 7

Vor dem Krieg auf der Flucht

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der LINKEN

„Sie kommen ...“ – das ist jetzt oft zu hören. Damit sind Flüchtlinge gemeint, die in Deutschland Asyl suchen. Sie sind keine „Wirtschaftsflüchtlinge“ – nein. Es sind Menschen, die vor Hunger, Folter

Kommentar

und Krieg fliehen und hier Schutz suchen. Und sie kommen sicher nicht freiwillig: Seine Familie, seine Heimat und alles was man hatte aufzugeben, ist keine leichte Entscheidung. Jetzt hetzen wieder die üblichen Menschenverächter gegen Flüchtlinge. Schüren Angst, verbreiten Hass und Lügen. Den alten und neuen Nazis geht es nicht um die Problematik der Integration, sondern sie wollen Kapital aus der Angst der Bürger schlagen.

Deutschland nimmt viel weniger Flüchtlinge auf als alle Nachbarländer. Flüchtlinge leben in Deutschland unter dem strengsten Asylregime europaweit. Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Gutscheinsystem sind menschenunwürdig.

Flüchtlinge müssen willkommen sein. Sie nehmen uns nichts weg, sie wollen nur in Frieden leben und meist möglichst schnell in ihr Heimatland zurück. Sie sind Menschen wie wir und wir alle sollten uns fragen, wie wir uns fühlen würden, wenn wir vor Kriegen flüchten und dann beschimpft oder bedroht werden. Vorurteile erweisen sich zu oft als Lügengebäude und sollten nie mehrheitsfähig werden.

Wer Flüchtlinge angreift, greift Menschen an und damit uns alle. Hören wir auf, sie wie Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland und wird es auch immer bleiben. Wer Waffen in alle Welt schickt, wer auf Kosten der ärmeren Länder lebt, muss sich am Ende nicht wundern, wenn Kriegsflüchtlinge kommen. Sie haben das Recht auf Asyl und alle müssen auf die Straße gehen und ein deutliches Zeichen gegen Fremdenhass setzen.

Gebühren oder Beiträge

Bernau: Arbeitsgruppe soll Vorschlag für neue Satzung des WAV vorlegen

Von Margot Ziemann,
Stadtverordnete

Die Altanschießer gehen in Bernau auf die Barrikade. Tausende von ihnen erhielten in den letzten Monaten die Bescheide des kommunalen Wasser- und Abwasserverbandes „Panke/Finow“ (WAV), dass sie je nach Grundstücksgröße und Bebaubarkeit mehrere Tausend bis zu zehntausende Euro binnen einer Frist von vier Wochen an Beiträgen für Investitionen ins Wasser- und Abwassernetz seit 1990 nachzahlen haben. Dass die Verjährungsfrist erst 2015 endet, empfinden sie als ungerecht. Betroffen sind nicht nur private Grundstückseigentümer, sondern auch Wohnungsgesellschaft und Genossenschaft, die Stadt Bernau selbst, die jeweils mehrere Millionen für ihre Grundstücke zu zahlen haben.

Das Kommunalabgabengesetz Brandenburgs enthält keine generelle Verpflichtung, Anschlussbeiträge zu erheben. Die kommunalen

Zweckverbände können in ihren Satzungen regeln, wie sie ihre Investitionen finanzieren, ob über Beiträge von den Grundstückseigentümern, Gebühren, die in die Wasser- und Abwasserpreise einfließen oder über Mischformen. Beim Wasser- und Abwasser-Zweckverband „Panke-Finow“, hat sich die Verbandsversammlung für eine Mischform und im Dezember 2010 für die Veranlagung der altersgeschlossenen Grundstücke mit dem gleichen Beitragsatz wie bei den Neuan-schließern entschieden.

Mit Stand vom 15. November 2013 wurden rund 5.400 Bescheide an Altanschießer und Nachforderungen in Höhe von 14,5 Millionen € erlassen. Dagegen sind bereits 4.200 Widersprüche eingegangen, die derzeit bearbeitet werden. Insgesamt will der Verband rund 14.600 Bescheide erlassen und damit eine Summe von rd. 29 Millionen € einnehmen, die zur Kredittilgung verwendet werden sollen. Das zeigt, welche Dimen-

sion das Ganze annimmt. Vor allem seit die Höhe der geforderten Beiträge bekannt wurde, regt sich heftiger Widerstand. Die Grundstückseigentümer erwarten von den gewählten Stadt- und Gemeindevertretern eine Umkehr der Refinanzierung der Kosten des WAV auf Gebühren und damit eine Erhöhung des Wasser- und Abwasserpreises, den alle gleichmäßig zahlen. Das ist eine schwierige Abwägung. Schon im Februar 2011 forderte die Fraktion der LINKEN in Bernau die Versendung der Altanschießerbescheide bis zur nochmaligen Überprüfung der Satzung aussetzen. Um soziale Härten zu vermeiden und eine gerechte Lösung für alle zu erreichen, forderte die LINKE im Mai 2011 einen Variantenvergleich und setzte ein Moratorium der Versendung der Bescheide bis Ende 2012 durch, weil man noch auf eine Verjährung der Ansprüche hoffte. Nach den Berechnungen des Variantenvergleichs des WAV käme es bei Verzicht

auf Altanschießer-Beiträge zu einer Erhöhung des Trinkwasser- und Abwasserpreises um rund ein Drittel. Alle Anträge auf eine Umstellung auf das Gebühren-Modell fanden aber bisher keine Mehrheit. Das brachte – nach 20 Protest-Demonstrationen in den letzten Monaten auf dem Bernauer Markt – das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. Es führte zum jetzigen Bürgerbegehren zur Abwahl des Bernauer Bürgermeisters, der gleichzeitig Verbandsvorsitzer des WAV ist. Mit der Abwahl des Bürgermeisters ist das Problem der Altanschießer jedoch nicht gelöst. Im Oktober 2013 hat sich die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung mit dem Vorschlag einer Arbeitsgruppe durchgesetzt. Diese soll einen Vorschlag für eine neue Satzung des WAV erarbeiten. In der Arbeitsgruppe arbeiten auch drei von den Fraktionen benannte unabhängige Sachverständige sowie ein Vertreter der Bürgerinitiative mit. Das Ergebnis soll im Januar 2014 vorliegen.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-459543, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488,

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059

Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: bei Redaktionsschluss lag leider der neue Arbeitsplan noch nicht vor.

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

13. Januar und 10. Februar, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 12. Februar, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 29. Januar, 18 Uhr, Bürgerzentrum der LINKEN, Berliner Straße 17, Bernau

Stadtverordnetenversammlung: 30. Januar um 16 Uhr, Stadthalle Bernau, Hussitenstraße 1

E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 20. und 27. Januar, jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,

Stadtverordnetenversammlung: 30. Januar, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Gemeindefraktion Panketal: 15. Januar, 18.30 Uhr im Rathaussaal, 12. Februar, 18.30 Uhr, Bibliothek, beides befindet sich in der Schönower Straße 105, Gemeindevertretung: 16. Dezember, 19 Uhr, Rathaussaal Panketal, Schönower Straße 105

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: bei Redaktionsschluss lag leider der neue Arbeitsplan noch nicht vor.

OW-Spendenkonto: DIE LINKE. Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;

Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,

Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-Mail:** offeneworte@dielinke-barnim.de,

download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 20. Januar 2014, nächster Erscheinungstermin: 5. Februar 2014

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wählend kürzen.

Zukunft gestalten

Seite 3

Zwei Freikarten

OW-Beitrag/bc

Für das Privatkonzert mit Paul O'Brien & Familie am **19. Dezember, 20 Uhr**, in der Immanuelkirche in Groß Schönebeck können Karten für 16,90 € online reserviert werden.

Die Gewinnerin des Preisrätsels der November-Ausgabe kann sich über 2 Freikarten freuen: M. Kleibring, Wandlitz.

Kartenvorverkauf unter: www.privatkonzerte.gross-schoenebeck.de

CDU/SPD: Keine Verbesserungen

OW-Beitrag/bc

Ende November legten SPD, CDU und CSU ihren gemeinsamen Koalitionsvertrag vor. Die LINKE im Bundestag hat geprüft, welche Wahlversprechen die SPD eingehalten hat: Nur die Forderung nach einer Frauenquote in Aufsichtsräten wurde eingelöst. Bei der Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 €, der doppelten Staatsbürgerschaft und Mietpreisbremse setzte sich die SPD nur teilweise durch. Alles andere bleibt auf der Strecke. Dazu gehören: Mehr Steuererechtigkeit, die Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit, die Abschaffung des Betreuungsgeldes, das Adoptionsrecht für homosexuelle Partnerschaften, die Absenkung der Stromsteuer um 25 Prozent, die Verhinderung der Pkw-Maut, das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete, Volksentscheide auf Bundesebene, die Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildung und einen Kurswechsel in der Europapolitik. Statt dessen verzichtet die Große Koalition auf ein verbindliches Klimaschutzgesetz, die Vorratsspeicherung wird eingeführt, Bedingungen für Leiharbeiter werden kaum verbessert. Es bleibt bei der Rente mit 67, zwar kommt die „Mütterrente“ und Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren können mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen. Aber die Solidarrente kommt erst 2017 und Rentner im bekommen weniger. Nach heutigem Stand würde diese Lebensleistungsrente im Westen Netto 756 € betragen, im Osten nur 691 €.

LINKE beschloss Leitbild für den Barnim

Von Sebastian Walter

Am 30. November traf sich DIE LINKE Barnim auf einer Mitgliederversammlung in Bernau und beschloss einstimmig nach über einjähriger Diskussion das Leitbild „Ein Barnim für alle“. Bei dem Treffen wurde konstruktiv und kritisch diskutiert und es kam zu weiteren Ergänzungen in einigen Bereichen.

Die Partei legt damit ein Konzept vor, dass für den gesamten Landkreis eine Entwicklungsperspektive über das Jahr 2020 hinaus geben soll. Für DIE LINKE ist es das Ziel, dass alle Barnimerinnen und Barnimer unter gleichwertigen Lebensbedingungen im Landkreis leben können.

Die Initiativen des Landrates und der faktischen Koalition aus SPD, CDU und FDP im Kreistag führen nur zu einer Verwaltung des jetzigen Zustandes, aber der Anspruch der Gestaltung wird nicht deutlich. Die Bildungsinitiative Barnim beispielsweise, verkommt zu einer reinen Show-Veranstaltung und hat nichts mehr mit dem Anspruch der Chancengleichheit aller Schülerinnen und



Wahlmarathon bei den LINKEN: Gewählt wurden Delegierte für Landesparteitag und Landesvertreterinnenkonferenz zur Bestimmung der Landesliste für die Landtagswahlen 2014 sowie Mitglieder für den Parteirat. vlnr: Sabine Stüber, Martin Günther, Thomas Sohn, Ralf Christoffers, Lutz Kuipitz, Frank Müller, Sebastian Walter, Margitta Mächtigt, Ingrid Koeppen

Schüler zu tun. Es ist völlig egal, welche „Whiteboards“ im Klassenraum hängen, wenn es nicht genügend Fachkabinette, Bücher und Schulsozialarbeiter an den Standorten gibt.

Das Versprechen des Landrates, dass 2014 alle jungen Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten, ist mittlerweile illusorisch. Auch hier fehlt jede Initiative.

Die gesamte Infrastruktur, sei es der Öffentliche

Personennahverkehr, die Internetversorgung oder der Zugang zum Arzt wird nicht weiterentwickelt, keine Initiative der LINKEN wird unterstützt.

DIE LINKE will gestalten und weiß, dass es jetzt an der Zeit ist, die wichtigen Weichenstellungen zu vollziehen. Das Leitbild ist ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger zur Diskussion.

Es beantwortet nicht alle Fragen. DIE LINKE macht

deutlich, dass sie weiter an der Seite derjenigen steht, die in diesem Landkreis gern leben und einen sozial gerechten, demokratischen und wirtschaftlich starken Barnim wollen.

Im nächsten Jahr bei den Kommunalwahlen gibt es die Möglichkeit, die LINKE auf diesem Weg zu unterstützen. Der Barnim eine bessere zukunftsfähige Politik nötig und wir wollen sie möglich machen. Foto: wk

Landes-Geld für Schülersozialfonds

Kreistag beschloss Jugendhilfeplanung 2013 bis 2017

Von Margitta Mächtigt, Kreistagsabgeordnete

56 Kreistagsabgeordnete werden bei den Kommunalwahlen am 18. Mai 2014 neu gewählt werden, das beschloss der Barnimer Kreistag Ende November. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden sich in neun Wahlkreisen dem Votum der Bürgerinnen und Bürgern stellen. Der kleinste Wahlkreis im Barnim umfasst 15.544 Einwohner (Finow, Brandenburgisches Viertel, Spechthausen), der größte 23.416 Wahlberechtigte (Eberswalde, Sommerfelde und Tornow). In Bernau und Eberswalde gibt es jeweils zwei Wahlkreise, in allen anderen Ämtern und Gemeinden jeweils einen Wahlkreis, das Amt Biesenthal-Barnim und die Gemeinde Schorfheide sind zusammengefasst. Als Kreiswahlleiterin wird

erneut Ilona Forth eingesetzt.

Geld für Projekte

Der Landrat informierte, dass über den Haushaltsplan hinaus in diesem Jahr 34.000 € vom Land über den Kreis an Schulen des Landkreises für den Schülersozialfonds geflossen sind.

30.000 € konnten sich die Projekte Ponderosa Tanzland Festival, das Festival „Alte Musik“, das „Inselleuchten“ in Marienwerder, die Konzertreihe „Siebenklang“ in Bernau und die Glambecker Konzertreihe teilen.

Für das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erhielt der Landkreis, unter anderem für Projekte des Lokalen Aktionsplanes, 30.000 €.

94.900 € erhielt das Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau zur Förderung pädagogischer Entwicklungs-

und Modellvorhaben vom Landesbildungsministerium.

Jugendhilfeplanung

Die Jugendhilfeplanung des Kreises wurde beschlossen. Sie ist regional und lokal untergliedert. Damit wird versucht, die regionalen Besonderheiten bei den Anforderungen an die Jugendhilfe zu berücksichtigen. Dabei geht es sowohl um Kintertagesbetreuung und Jugendförderung, als auch um erzieherische Hilfen, Kinderschutz und Stärkung der Elternkompetenzen. Kinder- und Jugendclubs werden weiterhin gefördert in Rüdnitz, Biesenthal, Melchow, Tempelfelde, Oderberg, Lunow, Britz, Golzow, Hohenfinow, Joachimsthal, Friedrichswalde, Ziethen, Althüttendorf, Finowfurt, Groß Schönebeck, Eichhorst, Lichterfelde, Blumberg, Ahrensfelde, Eiche, Linden-

berg, Zepernick (Gemeinschaftshaus und Jugendclub Heizhaus), Schwanebeck, Basdorf, Klosterfelde, Schönerlinde und Wandlitz.

In der Stadt Eberswalde erhalten auch weiterhin Unterstützung die Jugendclubs „Club am Wald“ und „Stino“ sowie die „Begegnungsstätte Bahnhof“ in Finow. In Bernau die Jugendclubs „Frischluff“, „Steintor“, „Dosto“, „Südsterne“, „Schönow“ sowie Eastside Funcrew“. Das Kinder- und Jugendhaus „Jellow“ soll auch weiterhin vom Landkreis unterstützt werden, allerdings ist durch die Kündigung des Betreibers – die Caritas – die Stadt Bernau gefordert, einen neuen Betreiber zu finden oder selbst Verantwortung zu übernehmen.

Die LINKE hofft auf ein abwechslungsreiches Angebot in diesen Einrichtungen.

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Langsam werden die Temperaturen kälter und der eisige Wind pfeift einem um die Ohren. Deshalb fährt das Bürgermobil des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt auch in diesem Winter wieder nach einem ausgedünnten Fahrplan. Ab 02. Dezember 2013 bis voraussichtlich 28. Februar 2014 wird das Bürgermobil die gewohnten Touren nur noch an festgelegten Tagen absolvieren:

16. Dezember, 13. Januar und 10. Februar:

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt: 10 bis 11 Uhr;
Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;
Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;

Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183: 14 bis 15 Uhr;

19. Dezember, 16. Januar und 13. Februar:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;

Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

20. Dezember, 17. Januar und 14. Februar:

Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

9. Dezember, 6. Januar und 3. Februar:

Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;

Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11 Uhr;

Oderberg, Nähe Netto-Markt, Waldstraße: 11.15 bis 12 Uhr;

Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 13 bis 14 Uhr;

Brodowin, Nähe Kirche: 14.15 bis 15 Uhr

Weihnachtliche Sprechstunden

OW-Beitrag/cp

Zu den traditionellen „Sprechstunden unterm Weihnachtsbaum“ mit Glühwein und Lebkuchen lädt Dr. Michael Luthardt ein:

Am 16. Dezember von 11 bis 13 Uhr am REWE-Markt in Basdorf, **am**

20. Dezember von 10.15 bis 12 Uhr auf dem Werneuchener Marktplatz.

Nähere Informationen unter 03334-38 51 55 oder auf:

www.michael-luthardt.de

Michael Luthardt

LINKE wählte ihren Landtagskandidaten im Wahlkreis: Wandlitz, Werneuchen, Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg

Von Cindy Panzer

Am 6. Dezember wählten die Mitglieder der LINKEN im Wahlkreis 15 ihren Direktkandidaten für die Landtagswahl am 14. September 2014: Dr. Michael Luthardt wurde mit 100 Prozent der Stimmen der anwesenden Mitglieder wieder zum Direktkandidaten für den Wahlkreis 15 bestimmt.

Der bisherige Abgeordnete war der einzige Kandidat. Er will auch künftig die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Amt Britz-Chorin-Oderberg, im Amt Biesenthal-Barnim, den Gemeinden Ahrensfelde und Wandlitz sowie der Stadt Werneuchen in Potsdam vertreten.

In seiner Vorstellungsrunde rechnete Luthardt auch seine bisherige Arbeit im Landtag ab. Die Arbeit als „kleiner Koalitionspartner“ in der »Rot-Roten Landesregierung« sei nicht immer so erfolgreich, wie man es sich wünscht und mit viel Kraftaufwand verbunden. Trotzdem hätte man dem Koalitionspartner auch einige Erfolge abgerungen.

Dr. Michael Luthardt, der Sprecher für Agrarwirtschaft und ländliche Räume ist, verbuchte in seinem Fachge-

biet zum Beispiel die Einführung des Moorschutzprogramms, die Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internet und den Stopp der Seenprivatisierung als Erfolge. Bei der Novellierung des Naturschutzgesetzes konnte die LINKE ebenfalls positiven Einfluss nehmen. Aber auch die Sensibilisierung der Abgeordneten für das in Brandenburg besonders bedeutsame Thema Landwirtschaft sei gelungen, wie man an der gestiegenen Zahl der parlamentarischen Aktivitäten auf diesem Gebiet erkennen kann. Die Fraktion der LINKEN führte dazu ein agrarpolitisches Fachgespräch und eine aktuelle Stunde im Landtag durch.

Im Wahlkreis ist Michael Luthardt in der jetzigen Legislatur zu regelmäßigen Touren mit seinem Bürgermobil unterwegs (siehe *Außenspalte*), um auch die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in den entlegeneren Orten seines Wahlkreises aufzunehmen. Im Sommer sei es für ihn inzwischen zur Tradition geworden, eine Tour durch den Wahlkreis zu machen, bei der er auch Vereine, Unternehmen oder landwirtschaftliche und tou-



Der agrarpolitische Sprecher der LINKEN will auch weiter im Landtag arbeiten: Dr. Michael Luthardt.

ristische Anbieter besucht, um eventuelle Probleme und Sorgen mit nach Potsdam zu nehmen. Ohne den Rückhalt der Basis, betonte er, könne jedoch kein Abgeordneter seine Arbeit machen und so bedankte er sich ausdrücklich bei den Genossinnen und Genossen.

Neben einigen Unterstützern von Genossinnen und

Genossen, warb auch die ehemalige Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber für die Wiederwahl Luthardts.

Durch die bisherige enge Zusammenarbeit im Wahlkreis, schätze sie seine Arbeit sehr und hätte selbst erlebt, wie kämpferisch sich dieser für seine politischen Vorhaben eingesetzt hat.

Foto: cp

LINKE für Bürgerbefragung

Stadtverordnetenversammlung beschloss Überarbeitung der Satzung

Von Margot Ziemann

Nach dem Willen der Fraktion der LINKEN in Bernau soll die Stadt bei wesentlichen Entscheidungen über die ganze oder teilweise Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen, Eigenbetrieben oder der Beendigung von Beteiligungen an Körperschaften öffentlichen Rechts, wie zum Beispiel dem Wasser- und Abwasserzweckverband (WAV) die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Im Vorfeld solcher Entscheidungen soll dazu eine förmliche Bürgerbefragung durchgeführt werden.

Mit dem Beschluss soll das Vermögen der Stadt sowie ihre Beteiligungen an Unternehmen wie der WOBAU, Stadtwerken, WAV

oder der gemeinnützigen Gesellschaft für Alten- und Behindertenpflege GGAB langfristig gestärkt und vor kurzfristigen Entscheidungen gesichert werden.

Vermögen, Unternehmen und Beteiligungen stellen ein wichtiges Potential der Stadt dar, das der öffentlichen Daseinsfürsorge und damit allen Bürgerinnen und Bürgern diene, heißt es zur Begründung. Veräußerungen größeren Umfangs stellen daher weitreichende Entscheidungen dar. Deshalb, so die Forderung der LINKEN, sollten sie auf breiter öffentlicher Debatte und auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen.

Erste Erfahrungen in dieser Richtung sammelte man in Bernau im vorigen Jahr mit

dem ersten Bürgerbegehren in der Stadt. Der von den Fraktionen der SPD und der CDU/FDP geforderte, kurzfristige Austritt der Stadt Bernau aus dem WAV, ohne vorherige Prüfung der Folgen, wurde durch das erfolgreiche erste Bürgerbegehren gestoppt.

Das geforderte und jetzt von der Stadtverwaltung vorgelegte Gutachten weist nach, dass der Austritt sowohl für die Stadt, als auch für ihre Bürger keinen wesentlichen Vorteil mit sich gebracht hätte. Die Wasser- und Abwassergebühren hätten sich kaum verändert. Gebühren und Kosten für die Trennung der Netze hätten vermutlich noch zu höheren Kosten geführt. Das zeigt, dass Bürger-

beteiligung sehr sinnvoll sein kann. Die LINKE will damit das bürgerschaftliche Engagement unterstützen.

Zur Einführung und Regelung des Verfahrens ist die Einwohnerbeteiligungssatzung zu novellieren, die ebenfalls auf Initiative der LINKEN in dieser Legislatur in Bernau eingeführt wurde.

Der Bürgermeister wurde beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende der Legislatur im Mai 2014 einen rechtskonformen Vorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Der Antrag fand in der Stadtverordnetenversammlung am 28. November 2013 mehrheitlich Zustimmung und Unterstützung auch von Vertretern anderer Fraktionen.

Margitta Mächtig

LINKE wählte ihre Landtagskandidatin im Wahlkreis Eberswalde, Gemeinde Schorfheide und Amt Joachimsthal

OW-Beitrag/pb

Am 4. Dezember waren alle Mitglieder der LINKEN des Wahlkreises 13 (Eberswalde, Gemeinde Schorfheide, Amt Joachimsthal) eingeladen, ihre Direktkandidatin für die Landtagswahl am 14. September 2014 zu nominieren.

Die Genossinnen und Genossen, die der Einladung in die Kleine Konzerthalle im Schorfheider Ortsteil Finowfurt gefolgt waren, fanden diese gut geheizt und weihnachtlich dekoriert vor. Der Weihnachtsbaum erstrahlte und erinnerte daran, dass bereits in 20 Tagen das Fest der Liebe stattfindet.

Nachdem alle Formalien erledigt waren, stellte sich Margitta Mächtig als einzige Bewerberin vor. In ihrer Rede betonte sie, dass sie sehr gern ihre Arbeit aus

bereits zwei Wahlperioden fortsetzen würde. Sie berichtete, dass sie in der Landtagsfraktion als stellvertretende Vorsitzende mehr Verantwortung übernommen hat, was zwangsläufig weniger Zeit für den Wahlkreis bedeutet. Aber Dank Petra Bochow und Sebastian Walter, so Margitta Mächtig, funktioniert das Büro auch in ihrer Abwesenheit.

Viel hat sie schon erreicht in den vergangenen neun Jahren. Sie erinnerte unter anderem an die Stiftung Waldwelten, die Dank ihrer Unterstützung von der Idee zur Realität werden konnte. Auch bei der Entschuldung der Gemeinde Schorfheide hatten sie und ihr Landtagskollege und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers maßgeblichen Anteil.

Beim Kampf gegen den

Rechtsextremismus ist sie unermüdlich im Einsatz, ob in Schorfheide, Joachimsthal oder ihrer Heimatstadt Biesenthal.

Bei den Beschäftigten der GLG war sie während der Tarifkämpfe mehrmals zu Gast, um nur einiges zu nennen.

Viele Bürger suchten im Wahlkreisbüro ihre Unterstützung, ob es die Schulwahl der Tochter oder Probleme mit dem Jobcenter waren. In vielen Fällen konnte sie helfen, manchmal leider aber auch nicht. Das gehört zum Leben, wie sie sagt.

Neben vielem Erreichten gibt es auch noch immer Baustellen, für deren Erledigung sie sich gern einsetzen würde.

Einige der Anwesenden nahmen die Gelegenheit wahr, um ein Statement abzugeben

oder Fragen zu stellen.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab die Wahlkommission das Ergebnis bekannt. Es gab 21 Ja-Stimmen und nur eine Gegenstimme. Das ist ein Ergebnis von 95,45 Prozent. Margitta Mächtig nahm es mit Humor und lud die Genossin oder den Genossen, der offensichtlich mit ihrer Wahl nicht einverstanden war, ein, ihr zu sagen, was sie falsch gemacht oder wo sie sich vielleicht zu wenig eingesetzt hat. Denn so ist es möglich, noch besser zu werden und noch mehr auf vielleicht noch offene Probleme einzugehen.

Abschließend stellte sie fest: „Ob wir in Koalition oder Opposition gehen, entscheiden die Wähler und wie sie entscheiden, das liegt zu einem Großteil an uns allen.“

Ralf Christoffers

LINKE wählte ihren Landtagskandidaten im Wahlkreis Bernau-Panketal

Von Wolfgang Krafczyk

Ihren Direktkandidaten für den Brandenburger Landtag nominierten am 29. November 50 Mitglieder der LINKEN aus Bernau und Panketal im neu gebauten Ortsteilzentrum Schwanebeck am Genfer Platz.

Ralf Christoffers erinnerte in seiner Bewerbungsrede daran, dass er 2009 mit drei Versprechen, die den Wahlkreis betreffen, in den Wahlkampf gezogen war: Die Sanierung des Freibades auf dem Gelände des Bauhaus-Ensembles, Weiternutzung des Standortes der ehemaligen Großbäckerei Lieken sowie Unterstützung für den Radwegebau zwischen Schwanebeck und Bernau. Das Freibad wird derzeit saniert und soll 2014 wieder eröffnet werden. Auf dem Gelände der Bäckerei wurde mit Landesunterstützung das Maschinenbauunternehmen Weber Motors angesiedelt und für den Radwegebau zwischen Schwanebeck und Bernau liegt seit Oktober die Genehmigung der Europäischen Union für die Umschichtung von Geldern dafür vor.

Ralf Christoffers zog eine

positive Bilanz der bisherigen Arbeit der Brandenburger Koalition aus SPD und LINKE. Sie habe sich mit Blick auf die sozialen Zielstellungen der Partei gelohnt. Erinnert sei nur an die Einführung einer Lohnuntergrenze im Vergabegesetz, mehr Mittel für Wissenschaft und Bildung und die Sicherung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Es wurden wichtige Weichen gestellt, um auch in der neuen EU-Förderperiode Gelder für Brandenburg zu sichern.

Christoffers tritt für die Fortsetzung der »Rot-Roten Koalition« ein. Dafür entscheidend werde sein, für die LINKE ein gutes Wahlergebnis von „25 Prozent plus X“ zu erreichen.

In der Diskussion wurde die Sorge deutlich, dass die „Handschrift“ der Partei in der Koalition nicht ausreichend kommuniziert worden sei. So werde zum Beispiel die Altanschießerproblematik auch der LINKEN als Regierungspartner angelastet. Ralf Christoffers verwies darauf, dass die Linksfraktion im Landtag mit dem Regierungspartner lediglich einen Kompromiss bei der



Fraktion und Geschäftsstelle der LINKEN in Bernau unter einem Dach

Seit dem 3. Dezember haben im Bernauer Bürgerzentrum der LINKEN in der Berliner Straße 17 das Büro der Stadtfraktion, die Geschäftsstelle und - donnerstags von 13 bis 17 Uhr - der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers einen gemeinsamen Standort. Hier werden weiterhin Ausstellungen, Lesungen und Beratungen angeboten sowie die öffentlichen Fraktionsitzungen und Donnerstags-Sprechstunden der Stadtverordneten. **Sprechzeiten:** montags, dienstags, donnerstags: 9 bis 17 Uhr, freitags 9 bis 12 Uhr. Foto: wk

Verjährungsfrist vereinbaren konnte. Im Übrigen könne man den sozialen Anspruch der Partei nicht allein am Thema Altanschießer fest-

machen. Die Anwesenden wählten Ralf Christoffers mit 84 Prozent als Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis Bernau-Panketal.

Spielplätze für Bernau

Von Margot Ziemann

Spiel- und Sportplätze für Kinder und Jugendliche stehen auch in diesem Jahr wieder ganz oben auf der Prioritätenliste des Bürgerhaushaltes der Stadt Bernau. Sie bekamen bei der Auswertung der Bürgervorschläge die meisten Punkte.

Die Einwohnerinnen und Einwohner Bernaus konnten sich auch in diesem Jahr entsprechend der Einwohnerbeteiligungssatzung mit eigenen Vorschlägen in die Haushaltsdebatte für 2014 aktiv einbringen. Das dafür vorgesehene Budget wurde auf Vorschlag der LINKEN gegenüber dem Vorjahr sogar auf 100.000 € verdoppelt; auch die Anzahl der Vorschläge hatte sich nahezu verdoppelt. Aus deren Vielzahl wurde, entsprechend der Anzahl der Unterzeichner, eine Prioritätenliste mit 15 Vorschlägen erstellt. Diese wurde öffentlich zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordneten entschieden Ende November, dass vier Vorschläge, die die meisten Bewertungsstimmen bekamen, aus den Mitteln des Bürgerhaushaltes 2014 realisiert werden. Das sind die Neugestaltung eines Spielplatzes im Ortsteil Ladeburg, der Neubau eines Kinderspielplatzes im Stadtteil Birkholzaue, die Errichtung eines öffentlich nutzbaren Kleinspielfeldes auf dem Sportplatz Rehberge und der Bau eines Rundwanderweges im Stadtwald Bernau.

Flüchtlinge in Panketal

OW-Beitrag/bc

Der Einrichtung eines Übergangwohnheimes für Flüchtlingsfamilien hat die Panketaler Gemeindevertretung Anfang Dezember zugestimmt. In der ehemaligen Gaststätte „Alter Dorfkrug“ sollen bis zu 20 Familien aufgenommen werden, vor allem Frauen mit Kindern.

Vorausgegangen war die Gründung des Aktionsbündnisses „Willkommen in Panketal“, an dem sich die LINKE stark beteiligt. Das Bündnis widersetzt sich rechtsradikalen Bestrebungen (siehe Seite 6).

Schlechteste CDU Deutschlands

Von Sebastian Walter

Die CDU Brandenburg leidet ja anscheinend an politischer Alzheimer. Das ist weitestgehend bekannt. Aber die Skandalisierungen in Bezug auf die Fördergelder für OderSun schlagen dem Fass den Boden aus. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE), hat 3 Millionen € an ein Unternehmen bewilligt, das

Kommentar

mehrere hundert Menschen beschäftigte und ein zukunftsweisendes Produkt an den Markt bringen wollte. Viele Aufträge aus aller Welt lagen vor. Das war eine gute Ausgangslage. Aus den unterschiedlichsten Gründen musste das Unternehmen in Insolvenz gehen, die Geschäftsführung trägt sicher einen großen Anteil der Schuld. Die 3 Millionen € waren für die Sicherung von Arbeitsplätzen kurzfristig ausgegeben worden. Der Wirtschaftsminister hat also seine Aufgaben wahr genommen. Dass dies aus heutiger Sicht vielleicht falsch war, hat Ralf Christoffers deutlich gemacht. Aber jetzt wird ein Skandal von der CDU daraus gemacht, der populistisch ist. Denn der ehemalige Wirtschaftsminister Junghanns (CDU) war Berater der Geschäftsführung, also der Chefetage, die sich als erstes von den überwiesenen Geldern 1,4 Millionen € auf ihre Privatkonten transferiert hat. Das ist doch der eigentliche Skandal. Niemand von der CDU redet über die Dutzenden Millionen die unter ihrer Regierung in Projekte wie Cargo-Lifter, Lausitz-Ring oder Chipfabrik in den märkischen Sand gesetzt wurden. Die Rettung von Arbeitsplätzen ist das erste Ziel eines Wirtschaftsministers der LINKEN. Das ist gut so. Dass das nicht immer funktioniert, ist leider real, aber kein Grund einen Skandal daraus zu machen. Alles andere klären Gerichte – zum Glück nicht die CDU. Diese Partei sollte sich besser um konstruktive Vorschläge bemühen, die dieses Land lebenswerter machen. Dazu scheint sie aber nicht in der Lage zu sein.

Reserven im Bürgerhaushalt

Briefwahl in Eberswalde könnte Entscheidung demokratischer machen

Von Karin Wagner

Wer sich am 22. Oktober dieses Jahres in den späten Nachmittagsstunden in Eberswalde in der Nähe des Paul-Wunderlich-Hauses aufgehalten hat, traute sicherlich kaum seinen Augen. Hunderte von Menschen – viele jung und oft in Begleitung von Kindern – strömten in Richtung Kreishaus, um dort an dem „Tag der Entscheidung“ teilzunehmen. Wie bereits im Vorjahr standen auf Antrag der LINKEN 100.000 € im Bürgerhaushalt zur Verfügung. Aus fast 50 Vorschlägen mit einem Finanzumfang von insgesamt über 500.000 € sollten die Eberswalder die Vorschläge auswählen, der ihnen am meisten am Herzen liegen. Und – wie auch im Vorjahr – setzten sich die Vorschläge durch, deren Einreicher eine Vielzahl von unmittelbar Bevorteilten aktivieren konnten: Vereine, Verbände, Kinder- und Jugendeinrichtungen. Gut war, dass die Stadtverordnetenversammlung die Zuschussgrenze bei 15.000 € festgelegt hatte. So konnten rein rechnerisch mindestens sieben Vorschläge auf eine Bestätigung

hoffen. Das Rennen machten dann auch Projekte von vier Kindertageseinrichtungen, zwei Kulturvereinen, einem Sportverein, einem Verein, welcher sich mit Präventionsarbeit beschäftigt und das Projekt einer Schule. Leider entsteht in dem Schulprojekt nichts „Bleibendes“ für die Stadt und ihre Bewohner. Die Schüler des Alexander von Humboldt Gymnasiums erhalten einen Zuschuss für eine private Veranstaltung – für einen Abi-Ball! Nun ist so ein Abschlussball durchaus begrüßenswert und ein Höhepunkt für die Abiturienten, doch haben die vorherigen Jahrgänge sich aktiv bemüht durch Arbeit, Sponsorenwerbung und allgemein nützlichen Ideen das nötige Geld zu erwirtschaften. Warum wurde dieses Projekt durch die Stadtverwaltung für den Bürgerhaushalt zugelassen? Immerhin wurden über 35 Anträge aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Unter dem Stichwort Bürgerhaushalt kann man auf den Internetseiten der Stadt nachlesen, dass nur Anträge zulässig sind, wenn für die Aufgabe oder das

Vorhaben die Stadt zuständig ist. Ist die Stadt wirklich für die Durchführung geschlossener Veranstaltungen wie einem Abi-Ball zuständig? Hier ist eine Klarstellung der Antragsbedingungen dringend notwendig. Der nunmehr zweite „Tag der Entscheidung“ hatte schon ein ausgewogeneres Ergebnis als das Vorjahr. Trotzdem bleibt für mich die Frage, ob der eingeschlagene Weg auch in den nächsten Jahren weitergegangen werden soll. Das jetzige Modell bevorteilt Bürger und Bürgerinnen, die sich in irgendeiner Art organisiert haben. Der Bewohner einer Straße, welcher sich lediglich eine Parkbank, einen Abfallbehälter, eine Grünanlage oder ähnliches wünscht, wird hier nie eine Chance haben. Selbst wenn dies an einem Ort entstehen soll, den viele Bürger frequentieren. Warum wird der Bürgerhaushalt nicht über eine Briefwahl organisiert? Da haben wirklich alle Bürgerinnen und Bürger die Chance der Beteiligung. Außerdem wäre es eine Chance für die Stadt, sparsamer mit dem Geld für die Durchführung des

Bürgerhaushaltes umzugehen. Der diesjährige Bürgerhaushalt hat die Stadt nach eigenen Angaben 12.725 € gekostet; dabei sind Personal- und Kopierkosten noch nicht enthalten. Allein für die Anzeigen in den Tageszeitungen und für die geschalteten TV-Spots wurden über 9.000 € ausgegeben. Die Videoübertragung im Paul-Wunderlich-Haus hat fast 2.500 € gekostet. Warum so eine teure Werbung, wenn man über Briefwahl und Information im städtischen Amtsblatt – welches jeder Haushalt ohnehin kostenfrei erhält – die Bürger und Bürgerinnen erreichen kann? Im Resümee ist festzustellen, dass der Bürgerhaushalt in Eberswalde durchaus noch Reserven hat. Bleibt zu hoffen, dass die Stadtverordneten nicht mit dem erreichten Ergebnis zufrieden sind. Neben der bisher nur für 2013 und 2014 gesicherten Summe von je 100.000 € für den Bürgerhaushalt – vorgesehen waren bisher lediglich 50.000 € pro Jahr – werden die LINKEN weiter um einen demokratischeren Bürgerhaushalt zu ringen.

Flüchtlinge willkommen

In Zepernick haben Rassisten und Nazis keine Chance: Im November gab es bereits drei Demos für das Übergangsheim für 20 Asylbewerber

Von Wolfgang Krafczyk

200 Demonstranten bildeten am 13. November einen Schutzwall um das noch leer stehende Gebäude für Flüchtlinge in Zepernick. Sie übertönten mit lauten Buhrufen, Trillerpfeifen, Tröten, Musik und Sprechchören das über Megaphone verbreitete Statement der kurzfristig angemeldeten NPD-Kundgebung gegen das geplante Übergangsheim für 20 Asylbewerber. Die Demonstranten zeigten mit Transparenten und Fahnen, dass fremdenfeindliches Gedankengut in Panketal nicht geduldet wird. Zu dieser Gegendemonstration hatte das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg, die LINKE Barnim und andere demokratischen

Kräfte aufgerufen. Flagge zeigten auch die Niederbarnimer Grünen und die SPD mit ihrem Bürgermeister Rainer Fornell. Zu den vielen Gegendemonstranten gehörten der Kreisvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, der Vorsitzende des Bernauer Stadtverbandes der LINKEN, Thomas Sohn, der Sprecher der Panketaler Basisorganisation Lothar Gierke und viele weitere Mitglieder der LINKEN. Die Linksfraktion in der Panketaler Gemeindevertretung hatte ihre für diesen Abend geplante Fraktionssitzung extra unterbrochen, um sich den Protestierenden anzuschließen. Obwohl die Empörung über die NPD-Provokation spürbar war, blieben der Ablauf friedlich. Allerdings musste der Verkehr an der viel befahrenen Straßenkreuzung unterbrochen und



„Handgemachter“ Willkommensgruß in Zepernick: Foto: W. Krafczyk

später sogar umgeleitet werden – sicher ein Ärgernis für die Verkehrsteilnehmer. Es war jedoch ein eindrucksvolles Zeichen, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit

und braunes Gedankengut in unserer Gesellschaft keinen Platz haben und Flüchtlinge willkommen sind. Zwei weitere Demonstrationen im November bestätigten dies.

Von Michael Luthardt,
Landtagsabgeordneter

Der Barnim hat profitiert

Margitta Mächtig, Landtags- und Kreistagsabgeordnete der LINKEN, und Ralf Christoffers, Brandenburgs Europaminister, über Europa und die Kommunen



Das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V. hatte am 23. November zu einer Tagung „Europa und die Kommunen“ eingeladen. Über 50 Gäste waren der Einladung gefolgt und diskutierten über „den Euro“ und Aspekte des künftigen Zusammenhalts der Europäischen Union. Gerade in den Kommunen ist die positive oder negative Auswirkung von Entscheidungen auf europäischer Ebene auf den Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar.

Fotos: ph, bc



Was haben die Kommunen mit Europa zu tun?

Margitta Mächtig: Nun, die Götter streiten sich, ob es 60 oder 80 Prozent der Europäischen Entscheidungen sind, die direkt oder indirekt in das Leben und die Entscheidungen in den Kommunen eingreifen. Die größte Gefahr für die Kommunen besteht im Liberalisierungskurs in den Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge. So sind wir bei unseren Entscheidungen, wer in den Gemeinden und im Landkreis zum Beispiel den Öffentlichen Personennahverkehr anbietet, abhängig von Beschlüssen der EU. Durch Ausschreibungsfristen der EU können Entscheidungen des Landkreises bis zu 18 Monate dauern. Dies widerspricht dem Interesse der Kommune, eigene kommunale Unternehmen für die Erfüllung dieser Aufgaben einzusetzen.

Ralf Christoffers: An dieses Regelwerk sind zurzeit alle gebunden. Im Ringen um die Öffentliche Daseinsvorsorge haben die LINKE und das Land Brandenburg zum Beispiel die Europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung im Abwasser- und Wasserbereich unterstützt, die von mehr als einer Million Menschen unterschrieben worden ist. Als ich Vorsitzender der Europaministerkonferenz der deutschen Bundesländer war, haben wir diesen zentrale Punkt positiv behandelt. Das hat mit

dazu beigetragen, dass die Privatisierung nicht erfolgte.

Welche Möglichkeiten ergeben sich für die Region?

Margitta Mächtig: Im Landkreis Barnim wurden in den vergangenen 13 Jahren so viele Projekte mit EU-Mitteln gefördert, dass der Platz hier nicht ausreicht. Der Barnim gehört zur Euroregion Pomerania. Diese umfasst neben dem Nordosten Deutschlands, den Nordwesten Polens und den südwestlichen Teil Schwedens. Nur mithilfe dieser Fördermittel konnte in den vergangenen Jahren die Infrastruktur im Barnim auf vielen Gebieten verbessert werden. Dies ist eine erfolgreiche Entwicklung. Die andere Seite dieser Medaille ist, dass diese Förderung dazu beigetragen hat, dass wir eben nicht mehr förderbedürftig im bisherigen Umfang sind. Ich glaube, das leuchtet auch jedem mit Blick in die südosteuropäischen Staaten ein. Für uns kommt es jetzt darauf an, dass Erreichte mit eigener Kraft zu erhalten und mit eigenen Mitteln auszubauen.

Ralf Christoffers: Der gesamte Osten Deutschlands gehört nicht mehr zu den strukturschwächsten Gebieten Europas. Für dieses Ziel haben wir 20 Jahre gearbeitet. Wenn das Ziel erreicht ist, sollte man sich nicht darüber beklagen. Das hat nun zur Folge, dass wir weniger Geld von der EU bekommen. Deshalb hat das Europaministerium bereits seit 2010 längerfristige Ent-

scheidungen getroffen, um uns auf diese Situation vorzubereiten. Dazu zählt zum Beispiel die Sicherung der klassischen Unternehmensförderung, die Technologieförderung, die Unterstützung bei der Fachkräfteentwicklung. Bis 2015 werden wir auch im Barnim die Breitbandversorgung aus Europäischen Mitteln abschließen.

Künftig werden aus den EU-Programmen ELER (ländliche Entwicklung), ESF (Sozialfonds), EFRE (Wirtschafts- und Infrastruktur) die Vorhaben am meisten unterstützt, die die Entwicklung einer Region in den Mittelpunkt stellen.

Das Brandenburger Wirtschaftsministerium hat Vereine und Verbände mit grenzüberschreitender Kooperation mit Polen besonders unterstützt. Warum?

Ralf Christoffers: Die Zusammenarbeit mit Polen ist in Brandenburg Verfassungsauftrag. Wir sind das einzige Bundesland mit einer derartigen Regelung. Ein Instrument ist die grenzüberschreitende Kooperation. Dazu nutzen wir unter anderem die INTERREG-Programme der EU, über die Kommunen, Vereine und Verbände gemeinsame Projekte zum Beispiel zum Jugend- und Kulturaustausch, Begegnungsstätten, touristische Initiativen zu finanzieren. Die Antrags- und Abrechnungsverfahren der EU sind jedoch für Vereine und Verbände kompliziert und zeitaufwändig. Deshalb hat hier das

Europaministerium bei der Organisation von Zwischenfinanzierungen geholfen.

Für die neue INTERREG-Periode ab 2014 hat das Europaministerium mit Polen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen verhandelt, dass in Eberswalde eine eigene Kontaktstelle für den Brandenburger Teil der Pomerania (Barnim, Uckermark, Märkisch-Oderland) eingerichtet wird. Die finanzielle Abwicklung der Programme wird künftig über die Brandenburger Investitions- und Landesbank erfolgen und nicht mehr über die Verwaltungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern. Wir erhoffen uns dadurch Arbeitserleichterungen für die Träger. Auch der zweite INTERREG-Teil, an dem Polen, Sachsen und Brandenburg beteiligt sind, erhält eine Verwaltungsstelle in Brandenburg. Damit kann das Land in die Vorfinanzierung für Träger eintreten.

Margitta Mächtig: Im Barnim werden viele Projekte über INTERREG unterstützt. So erhielten in Eberswalde zum Beispiel das Waldsolarheim 4,5 Millionen €, das Holzkompetenzzentrum 3,2 Millionen €. Aber auch das neueröffnete Barnim-Panorama in Wandlitz erhielt mehr als 4 Millionen € EU-Fördermittel. Auch unser Wald profitiert davon, denn im Mai begann ein Forstprojekt zur Schätzung der Holzbiomasse in den Wäldern des Fördergebietes Pomerania. Es geht über 3 Jahre und wird mit 2,6 Millionen € gefördert.

Der im November vom Landtag Brandenburg beschlossene Nachtragshaushalt sieht unter anderem zusätzlich 26 Millionen € für den Ausbau eines zukunftsfähigen Breitbandnetzes in Brandenburg vor. Dieses Geld dient zur Kofinanzierung von europäischen Geldern aus dem EFRE-Fonds.

Damit wird das vom Wirtschaftsministerium des Landes konzipierte Vorhaben zum Anschluss aller bisher unterversorgten Gebiete an eine schnelle DSL-Leitung finanziert. Für die Planungsregion Uckermark-Barnim laufen im Augenblick die Ausschreibungen, mit einer Vergabe wird in Kürze gerechnet. Bis 2015 erhalten dann alle Haushalte die Möglichkeit, sich an ein kabelgebundenes schnelles Internet anzuschließen. Die Kommunen müssen dabei keine Gelder aus ihren Haushalten bereitstellen.

Damit wird ein Problem der Menschen in den Dörfern des Barnim behoben und ein Wahlversprechen der LINKEN eingelöst.

Mindeststandards im Arbeitsrecht

OW-Beitrag/sh

Tschechische und deutsche LINKE führten Anfang November eine zweite Arbeitsrechtskonferenz im tschechischen Nova Packa durch, bei der sie arbeitsrechtliche Mindeststandards in der Europäischen Union forderten, um der Zurückdrängung der sozialen und Arbeitnehmerrechte durch die europäischen Institutionen Einhalt zu gebieten. Diese müssen individuell und kollektiv einklagbar sein. „Um Arbeitnehmerschutzrechte wirksam umzusetzen, bedarf es eines neuen Rahmens für das Arbeitsrecht auf europäischer Ebene, der nur zusammen mit den Gewerkschaften durchzusetzen ist.“, sagte das Mitglied der Europäischen LINKEN im Europaparlament Jaromir Kohlicek. Eine Resolution mit diesen Inhalten geht an den Kongress der Europäischen LINKEN im Dezember.



Von Gisela Zimmermann

Alma del Banco wurde am 24.12.1862 in Hamburg geboren. Sie entstammte einer assimilierten jüdischen Familie. Nach ihrer Malerei-Ausbildung bildete sie sich autodidaktisch weiter. Sie experimentierte mit grafischen Vereinfachungen und setzte sich mit Kubismus und Expressionismus auseinander. Ab 1914 arbeitete sie in Hamburg als freischaffende Künstlerin. In den 1920er Jahren rückte sie die grafischen Elemente durch extreme Betonung der Vorzeichnung in den Focus des Betrachters. Mit ihrer Maltechnik erzeugte sie einen skizzenhaften Gesamteindruck. Del Banco zählte zu den wichtigsten Figuren der Hamburger Kunstszene. Ihr Atelier entwickelte sich zum Künstlertreffpunkt. Anfang der 1930er Jahre änderte sich ihr Stil.

Alma del Banco war im Hamburg der Weimarer Republik eine geschätzte Malerin. Dies änderte sich mit der antisemitischen Stimmung gegen Ende der zwanziger Jahre. Sechs Gemälde und acht Grafiken wurden 1937 in der staatlich angeordneten Aktion „Entartete Kunst“ aus der Hamburger Kunsthalle beschlagnahmt, 1938 wurde sie aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen. Als Jüdin und avantgardistische Künstlerin war sie dem Druck des Nazi-Regimes in doppelter Hinsicht ausgesetzt. Durch Ausstellungsverbot, Ausschluss aus den Künstlerorganisationen und öffentliche Missachtung ihrer Werke geriet sie immer mehr in die Isolation. Als sie den Bescheid zur Deportation nach Theresienstadt erhielt, nahm sich Alma del Banco am 8. März 1943 das Leben.

Von der Monarchie bis zur Republik

100 Jahre bewegtes Leben: Porträt einer Jubilarin der LINKEN

OW-Beitrag7wk

Begegnungen mit 100-Jährigen hat man nicht so oft. Mitmenschen, die sechs verschiedene gesellschaftliche Systeme – von der kaiserlichen Monarchie bis zur heutigen Republik – persönlich erlebt haben, flößen einem tüchtigen Respekt ein. Und dabei hält Käthe Pregel aus Bernau auch noch immer der Linkspartei bewusst ihre Treue. So überbrachten am 5. November Sören-Ole Genski und Wolfgang Krafczyk herzliche Grüße und Glückwünsche vom Kreis- und Stadtverband der LINKEN sowie von Wirtschaftsminister Ralf Christoffers.

Die rüstige Jubilarin hatte eine Menge aus ihrem bewegten Leben zu erzählen. 1913 in Schlesien geboren und aufgewachsen, folgte sie



Käthe Pregel an der Seite von Sören-Ole Genski
Foto: W. Krafczyk

ihrer Mann in die ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika (heute Tansania), der dort als Architekt tätig war. Über diese Lebensstation findet sich übrigens ein Beleg in

den Tagebüchern von Käthe Kollwitz. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mussten sie das Land, das in den 1930er Jahren unter britischer Verwaltung stand, ver-

lassen. Nach dem Krieg trat Käthe in Bielefeld der KPD, nach Übersiedlung nach Mecklenburg der SED bei. Ab 1953 leistete die Familie von Käthe Pregel in der Demokratischen Volksrepublik Korea 3 Jahre Aufbauhilfe. Danach arbeitete Käthe in Stralsund, später in der Kinder- und Jugendsportschule in Berlin als Lehrerin. Heute lebt Käthe im Seniorenheim, hat aber im Haus ihrer Tochter noch immer ein eigenes Zimmer. Wenn auch ihre Augen nicht mehr „ganz so scharf“ die Umwelt widerspiegeln, wie sie zugibt, verfolge sie aber noch immer mit Interesse das Wirken der LINKEN, der sie weiter zur Seite stehen will. Die LINKE im Barnim und die Offenen Worte wünschen ihr dabei alles Gute!

OW Preisrätsel

Gewinnerin der November-Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: I. Raschmann, Bernau. Das Lösungswort lautet: Schule; **Lösungswort dieser Ausgabe:** 51. waagrecht benennt einen in Neuruppin geborenen Schriftsteller (1819-1898); **bis zum 24. Januar 2014** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde oder E-mail: offene-worte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Holzmodell zur Schuhherstellung, 5. Mittellose (Mz.), 8. Küstenfrachtschiff, 11. dichter. f. Biene, 12. tschech. Teil d. Elbe, 13. US-amerikan. Schauspieler, („Under fire“, geb. 1941), 15. Gezeiten, niederdt., 16. engl.: Fahrrad, 17. aus Eisen bestehend, 20. Nagel, 22. Schwimmvogel, 24. alter Handwerksberuf, 25. Europ. Weltraumorganisation (Abk.), 27. Salz d. Salpetersäure, 29. Nordwesteuropäer, 31. chem. Element, Halbmetall, 34. Vorarbeiter im Bergbau, 37. Bilderrätsel, 39. Nebenfluss d. Elbe, 40. Legende, Märchen, 41. nord. Hirsch, 43. Großmutter, 45. afrikan. Storch, 48. Tage d. röm. Kalenders, 49. großes Kloster, 51. in Neuruppin geborener Schriftsteller (1819-1898), 53. Flüssigkeitsbehälter, 56. span. Begeisterungsruf, 58. geometr. Linie, 62. Coupon, 64. Seil, Linie, 66. iran. Provinz, 67. Haushaltsplan, 70. Tür-/Fensterverschluss, 72. Nichtfachmann, 73. Getreideart, 75. Baltin, 76. bargeldloser Zahlungsverkehr, 77. Großgefögel, 78. Paradies, 79. weibl. Vorname, Variante v. Margarete, 80. Kraft, Macht

Senkrecht: 1. Hülsenfrüchte (Mz.), 2. Baumwollstoff f. (Feder-)betten, 3. span.: drei, 4. inneres Organ, 5. Behörde, 6. Rundtanz, 7. nord. Hirsch, 8. eine Gezeit, 9. Entfernung, 10. sächs. Stadt an der Elbe, 14. Lebewesen, 18. Balte, 19. griech. Siegesgöttin, 21. Ausweglosigkeit, 23. Eisen-Nickel-Legierung, 26. Übergang, 28. Abk. f. Autonome Sozialist. Sowjetrepublik, 29. Aufzählungspunkt, 30. kalte Süßspeise, 32. Körperregion d. Rumpfes, 33. Klosterfrau, 34. dt. Lyriker und Schriftsteller (1817-1888), 35. Besucher, 36. weibl. Vorname, Kurzf. f. Therese, 37. gefrorener Niederschlag, 38. Körperteil, 42. Aufzählungswort, 44. schweizer. Fluss, 46. Amazonasdelfin, 47. russ.: hundert, 50. altisländ. Sage, 52. span. Herzog, Statthalter d. Niederlande (1567-1573), 54. Nebenfluss d. Donau, 55. landwirtschaftl. Gerät, 57. steiler Weg, 59. Papierzählmaß, 60. tägl. Gleichmaß, 61. abfällig f. selbstständige Frau, 62. Ostsee-Anrainer, 63. Flüssigkeitsrest, 65. Eier d. Laus, 68. Alkaloid d. Teeblätter, 69. Fressnapf, 71. US-amerikan. Schauspieler (geb. 1949, „Der Honorarkonsul“), 74. Abk. f. Satellit

